

Bezugspreis:
Vierteljahr 30.— M., monatl. 10.— M.
rei ins Haus, voranz zahlbar. Wohn-
ort: Monatlich 10.— M., einjähr. 100.—
M., halbjährlich 50.— M. Unter-
haltungsbeitrag. Unter Kreuzband für
Deutschland, Dänzig, Saar u. Rhein-
gebiet, sowie Österreich u. Ungarn
64.— M., für das übrige Ausland
82.— M. Postbestellungen nehmen
an Belgien, Dänemark, England, Est-
land, Finnland, Frankreich, Holland,
Lettland, Litauen, Norwegen, Österreich,
Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei
und Ungarn.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15153-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Sonnabend, den 22. April 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeiger-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Anzeigenpreis:
Die einseitige Nonpareilzeile
kostet 12.— M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 2.— M. (zu-
lässig zwei fertige Wörter), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 2.— M., jedes weitere Wort
1.50 M. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Zeile 6.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags in
Druck gesetzt, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Größen
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachmittags

Gegenaktion Frankreichs.

Protest gegen die deutsche Verständigungsnote.

Paris, 22. April. (WIB.) Die Agence Havas meldet aus Genua: Die französische Abordnung sandte gestern abend an den Vorsitzenden der Konferenz de Facta ein Schreiben, in dem sie gegen den Inhalt der deutschen Antwort auf die Entschädigung der Alliierten Einspruch erhebt. In diesem Schriftstück bestreitet die französische Abordnung die Rechtmäßigkeit des deutsch-russischen Vertrages, der den Bedingungen von Cannes widerspricht. Sie ersucht de Facta, die Bevollmächtigten der neun alliierten Mächte, welche die Entschädigung vom 18. April unterschrieben haben, zu einer Besprechung einzuberufen.

Paris, 22. April. (CP.) Der Berichterstatter des „Matin“ beklagt aus Genua, der Brief Barthou an de Facta habe nach seiner Bekanntgabe großes Aufsehen hervorgerufen. In gewissen Kreisen sei man der Ansicht, daß dies einen neuen Versuch Frankreichs bedeute, die Konferenz zum Scheitern zu bringen.

Der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet aus Genua, daß die Ansicht vorherrsche, daß die französische Delegation einen Fehler beging, als sie sich nicht sofort nach Bekanntgabe der deutschen Antwortnote von der Konferenz zurückzog. Barthou habe aber anscheinend eine Verantwortung für einen solchen Schritt nicht auf sich nehmen wollen, und die Instruktionen von Poincaré seien nicht genügend gewesen.

Sturm in Paris.

Paris, 22. April. (WIB.) Der Abg. Messier kündigt eine Interpellation in der Kammer an. Er erklärt, in der gegenwärtigen Stunde werde angefaßt des Vertrages von Rapallo die Frage gestellt, ob Frankreich im vollen Einvernehmen mit seinen Alliierten zu einer vollkommenen oder teilweisen Befreiung Deutschlands schreiten wolle, um ihm durch eine internationale Diktatur die Bezahlung seiner Schulden, die Auflösung seiner wieder erstehenden militärischen Organisation (!), die Sanierung seiner Finanzen und die Wiederherstellung seiner Währung aufzuzwingen, oder ob die Regierung die Möglichkeit ins Auge fasse, durch diplomatischen Druck die notwendige Genehmigung zu erzielen. Welches seien im letzten Falle die Vorkehrungsmaßnahmen, die die Regierung zu ergreifen gedente, um jeden neuen Angriffsvorwurf Deutschlands zu brechen?

Der Berichterstatter des „Matin“ stimmt dem Schritte Barthous zu, er findet sogar, daß der Protest nicht genüge. Die Unkorrektheit Deutschlands gegenüber der Konferenz verdiene eine für enge Sanktion, und es würde zu nichts führen, über die russische Frage unter einer Art stiller Erpressung seitens Deutschlands zu beraten, das schon einen Vorteil dadurch habe, daß es den Vertrag mit Rußland abschloß. Aber die Wirkung einer offenen Anerkennung des russisch-deutschen Blocks in Europa ist, so schreibt das Blatt weiter, nicht eine Unkorrektheit, sondern eine politische Tat ersten Ranges. Gegen dieses neue Gleichgewicht der Kräfte in Europa, das unsere Rechte in der Gegenwart antastet und unsere Sicherheit in der Zukunft bedroht, mußte die französische Regierung ihren Alliierten die Maßnahmen vorschlagen, die angekündigt wurden, oder sie mußte sie allein ergreifen. Das sind Entscheidungen, die nicht über die Instruktionen, sondern auch über den Charakter unserer Delegation hinausgehen.

Der Genuefer Berichterstatter des „Echo de Paris“ schreibt: Hier ist beinahe zugestanden worden, daß Frankreich einen Hauptfehler am vorigen Montag dadurch beging, daß es nach Veröffentlichung des Vertrages von Rapallo nicht seine Delegation zurückgezogen hat. Angesichts der Lage der Dinge sind die Instruktionen, die Barthou von Paris erhalten, ungenügend. Er hat sich nicht das Recht nehmen wollen, eine Entscheidung zu treffen, die der Regierungschef nicht formuliert hatte. Das ist eine Trennung der Funktionen und der Verantwortlichkeiten, der ein Ende bereitet werden muß. Entweder muß Poincaré imstande sein, von Paris aus zu den Ereignissen in Genua Stellung zu nehmen, oder er muß selbst in die Konferenzstadt kommen, um die Leitung der französischen Politik zu übernehmen.

Warnungen der Linkspresse.

Paris, 22. April. (WIB.) Der Sonderberichterstatter des „Deuxième“ schreibt zu der Protestnote, die der erste französische Delegierte in Genua Barthou an den Ministerpräsidenten Facta gegen die deutsche Antwortnote geschickt hat: Das alles geschieht, um unseren nationalen Block zufriedenzustellen, der wirklich, wenn man seine Handlungen von etwas weiterher betrachtet, die Aufgabe zu haben scheint, unser Land lächerlich und es vor der ganzen Welt verächtlich zu machen. Der Zwischenfall mit dem deutsch-russischen Abkommen war geregelt, aber Frankreich nimmt ihn wieder auf. Man braucht kein großer Mann zu sein, um voraussehen, daß auch diesmal wieder die Einmütigkeit gegen uns sein wird, und daß diejenigen, die vor zwei Tagen gegen Deutschland geschrieen haben, uns morgen begreiflich machen werden, daß unsere Forderungen sie aufbringen. Zum Schluß heißt es in dem Artikel: Ist es nicht seltsam, daß die Konferenz von Genua zu dem

Untergang verurteilt zu sein scheint, wie der Rat von Cannes, und daß es dieselben sind, die unsere Angelegenheiten in Genua führen, die feinerst Cannes zum Scheitern gebracht haben?

Paris, 22. April. (CP.) „Humanité“ schreibt: Wenn sich unsere Regierung unter dem Vorwande, die Nationalisten zu befriedigen, und, um aus der gegenwärtigen Krise herauszukommen, entschließen würde, das Ruhrgebiet zu besetzen, so müßte dies die Aufmerksamkeit unserer Arbeiterklasse auf den Ernst einer solchen Maßnahme lenken.

Französische Inspektionsreise an den Rhein.

Paris, 22. April. (WIB.) Wie der „Matin“ mitteilt, wird Kriegsminister Maginot in Begleitung des belgischen Kriegsministers Devèze in der kommenden Woche eine Inspektionsreise in die Rheinlande unternehmen.

Paris, 22. April. (CP.) Die Rheinlandkommission hat ihr Veto gegen die Anstellung von sechs deutschen Lehrern, einem Volkbeamten und einem Polizisten im Rheinlande eingesetzt.

Neutraler Schritt für Georgien.

Genua, 22. April. (CP.) Im politischen Unterausschuß für die russischen Angelegenheiten hat Ministerpräsident Branling und Bundesrat Motta im Auftrage der Neutralen einen Antrag der ehemaligen Regierung von Georgien eingebracht, welche die Intervention der Mächte anruft, um den von der Roten Armee in Georgien angerichteten Verheerungen ein Ende zu machen. Der Vorsitzende Schanzer erklärte, die Konferenz in Genua müsse eine wahre Friedenskonferenz sein, weshalb man einen freundschaftlichen Schritt bei der russischen Abordnung machen solle, damit diese sich für die Wiederherstellung des Friedens mit Georgien verwalde. Barthou und Lloyd George schlossen sich dieser Auffassung an.

Um Rußlands Anerkennung.

Genua, 22. April. (CP.) In seiner gestrigen Erklärung vor Pressevertretern betonte Katowski, es sei wichtig für Rußland, das Zugeständnis erlangt zu haben, daß man von ihm die Kriegsschulden und die aufgelaufenen Zinsen der Vorkriegsschulden nicht mehr einfordern wolle. In der Frage der Entschädigung für das kommunizierte oder sozialisierte Privateigentum stelle sich Katowski auf den Standpunkt, daß Rußland solche Entschädigungen deshalb nicht zu gewähren brauche, weil z. B. auch Amerika, als es den Sklavenhandel aufhob, den Sklavenbesitzern keine Entschädigung bezahlte, und als es den Genuß von Alkohol verbot, die Besitzer von Wein- und Spirituosenvorräten nicht entschädigte. Weiter führte Katowski aus, daß Rußland unbedingt auf der Gewährung von Krediten bestehen müsse und ebenso auf der Anerkennung de jure. Diese de-jure-Anerkennung sei um so notwendiger, als man von Rußland eine Garantie für die Schuldentilgung fordere. Wäre aber die Sowjetregierung nicht als rechtmäßig anerkannt, so könnte sie auch keine finanziellen Verpflichtungen übernehmen. Auf den Vertrag mit Deutschland zurückkommend erklärte Katowski, daß in diesem Vertrage keinerlei Geheimklauseln und keinerlei besondere militärische Abmachungen enthalten seien. Jene Verträge mit Polen oder den baltischen Staaten außer dem Vertrag von Riga seien nicht abgegeschlossen worden. Der Rapallo-Vertrag sei nur ein Handels- und Wirtschaftsabkommen mit Deutschland. Rußland brauche die Anerkennung de jure um so mehr, als es sonst keine auswärtigen Kredite erhalten könne. Nur wenn eine rechtmäßige Sowjetregierung bestände, könne das russische Wirtschaftsleben reorganisiert werden. Einen Protest gegen den Abschluß der deutschen Abordnung aus der russischen Kommission wird die russische Abordnung nicht erheben.

Löbe über Genua.

München, 22. April. (WIB.) Reichstagspräsident Löbe sprach gestern über das Thema „Genua und die Lage der Arbeiterschaft“. Seine Ausführungen gingen nach einem Bericht der „Münchener Neuesten Nachrichten“ dahin, der deutsch-russische Vertrag habe die Grundzüge zur Anwendung gebracht, die allein imstande seien, dem Elend ein Ende zu bereiten. Deutschland habe als wichtigstes Ziel den Wiederaufbau Rußlands und die Niederreißung der Stachelndrähte der Verkehrs- und Währungshindernisse ins Auge zu fassen. Von Amerika müsse der Anstoß kommen durch Annullierung der englischen Schuld an Amerika unter der Bedingung, daß England die Schuld Frankreichs und Belgiens annulliere, die mit entsprechender Summe wiederum von der Reparation gegenüber Deutschland abgehen müßten. Es sei das Verdienst Rathenaus, durch das Sachlieferungsabkommen die durch das Londoner Ultimatum aufgestellten Barzahlungen auf die Hälfte herabgesetzt zu haben.

Der amerikanische Botschafter für Deutschland, Der Reichspräsident hat heute den neuernannten Botschafter von Amerika, Allison B. Houghton, zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen.

Sozialisierung der Kurorte.

Von Hans Goslar.

In nicht allzu langer Zeit werden die deutschen Kurorte wieder ihre Pforten öffnen und die Bäder Saison beginnt. Es ist durchaus falsch, den Besuch der Bäder für einen Luxus zu halten; für hunderttausende, ja für viele Millionen Deutscher ist es — sei es infolge von alten organischen Erkrankungen, sei es als Folge der Erkrankungen aus der Kriegszeit — eine unbedingte Notwendigkeit, an den Heilquellen unserer Thermalbäder Heilung oder doch Linderung von ihren Schmerzen zu suchen.

Um so verhängnisvoller für die Volksgesundheit ist es, daß durch die wahnwitzige Teuerung und die lediglich unter privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten gehandhabte Preispolitik der Bäder und ihrer Hotels es in diesem Jahr nur noch einem verschwindend geringen Prozentsatz wirklich Kurbedürftiger möglich sein wird, Bäder aufzusuchen. Nächste der Kohle sind die heilkräftigen Quellen die wichtigsten und wertvollsten Bodenschätze Deutschlands. Das Ziel jeder vernünftigen Volkswohlfahrtspolitik unter großen Gesichtspunkten muß unbedingt sein, zu verhindern, daß auf die Dauer die überwiegende Masse der erholungsbedürftigen Volksteile durch die Unmöglichkeit des Mitgenusses dieser Bodenschätze schwer am eigenen Leibe und damit an der Gesundheit der kommenden Generationen geschädigt wird. Sie muß vielmehr dahin gehen, mit allen staatlichen Machtmitteln eine so großzügige Ausweitung aller Gebrauchsmöglichkeiten der Heilquellen zu erreichen, daß man dem wirklichen Zweck, dem ganzen Volk zu dienen, nach Möglichkeit näher kommt.

Vor 1 1/2 Jahren habe ich an anderer Stelle ausführlich die Notwendigkeit einer Sozialisierung der Kurorte an Hand der folgenden 7 Programmpunkte angeregt, die ich auch heute noch für notwendig und vor allem auch für realisierbar halte:

1. Verreichlichung aller natürlichen Heilquellen (gegen angemessene Entschädigung der Bundesstaaten und nach der auf Grund eines Reichsgesetzes sofort vorzunehmenden Auflösung der Pachtverträge privater Erwerbsgesellschaften) zur Ermöglichung der Durchführung einer einheitlichen Bäderpolitik, Hand in Hand mit den Institutionen der Reichssozialversicherung.
2. Kommunalisierung oder Umwandlung in gemischtwirtschaftliche Betriebe einer hinreichend großen Anzahl von Hotelunternehmungen an den Orten, die natürliche Heilquellen besitzen.
3. Begründung von gemeinnützigen Konsumvereinen zur möglichst billigen und reichlichen Versorgung der Insassen der kommunalisierten ufm. Hotelunternehmungen und Gewährung spezieller staatlicher und Reichszuschüsse für Verpflegungszwecke.
4. Maßnahmen zur Verlängerung der „Saison“ der Heilbäder mindestens auf die Zeit von Mitte April bis Mitte Oktober (Ausbau der vorhandenen Heilanstalten usw.).
5. Eine den Bedürfnissen des sozialen Hilfswertes sich anpassende Eisenbahnpolitik (Tarifermäßigungen, Angleichung des Fahrplanes an die laut 4. verlängerte Saison).
6. Rücksichtslose Anwendung des Enteignungsrechts im öffentlichen Interesse gegenüber allen Fällen von Boden Spekulation und Bodenwucher in Orten mit Heilbädern sowie Einsetzung besonderer schiedsrichterlicher Instanzen zur Verhinderung von Lebensmittel- und Mietwucher.
7. Entsprechender Ausbau der Sozialversicherung.

Ich gehe von dem Grundsatz aus, daß die Heilquellen und Kurorte in Allgemeinverwaltung übernommen werden müssen. Da aber auch dort, wo die Heilquellen schon im Staatsbesitz sind, es sich zeigt, daß die Kartellringe der Hotels die Preise diktiert und daß weniger Begüterte infolge der maßlos hochgeschraubten Unterkunftsbedingungen einfach schon dadurch vom Besuch der Heilquellen ausgeschlossen werden, so muß durch eine sehr starke Zahl von Außenleiterhotels Breche in diesen Kartellring geschlagen werden. Dies ist nur dadurch möglich, daß man eine größere Anzahl von Hotels und Gasthäusern überall unter Heranziehung von Reich, Staat und Kommunen in gemischtwirtschaftliche Betriebe umwandelt, die zu großen Einkaufsgenossenschaften zusammengeschlossen werden können und verpflichtet sind, den ihnen von der Sozialversicherung und überhaupt von Angeestellten- und Arbeiterverbänden auf Grund ärztlicher Zeugnisse zugewiesenen Kurgästen Unterkunft und Verpflegung zu einem Satze zu gewähren, der die Selbstkosten deckt.

Heute stehen wir nun außerdem noch vor der Frage, wie wir uns zu dem zu erwartenden starken Zustrom der Ausländer aus den valutastarken Ländern zu stellen haben. Ich meine, daß wir gut daran tun werden, dem Besuch kurbedürftiger Ausländer keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen, obwohl das Bedenkliche in der Frage der Unterbringungsmöglichkeiten auf der Hand liegt. Wir dürfen aber diese Politik, unsere Bäder den Ausländern weit zu öffnen und ruhig in einen Konkurrenzkampf mit den französischen und englischen Bädern einzutreten, nur dann treiben, wenn auf der anderen Seite die Anwesenheit der valutastarken Fremden richtig, d. h. nicht nur privatwirtschaftlich von den Hoteliers, sondern volkswirtschaftlich von der Gesamtheit ausgenutzt

wird. Es ist unbedingt erforderlich, daß sich die maßgebenden Stellen sofort mit dieser Angelegenheit befassen und anordnen, daß bestimmte Ausschläge von den Hotels und Gasthäusern von allen Fremden zu erheben sind, daß sie aber nicht, wie bis jetzt, nur den Hotels und der Steuer zulassen dürfen, sondern darüber hinaus einen Fonds zuzuführen sind, aus dem Freibetten und Freibeköstigung resp. Zuschüsse zur Bezahlung des Kuraufenthalts Minderbemittelten zu leisten sind. Ebenso müssen die Badeverwaltungen Zuschläge zur Kurtag und zu den eigentlichen Bädern erheben, die aber einem Ausgleichsfonds zugeführt werden müssen, der den völligen Erlass der Kurtag und die kostenlose Bäderverabreichung an Minderbemittelte ermöglicht.

Führen wir auch den Programmpunkt durch, durch geeignete bauliche, eisenbahntechnische und sonstige Maßnahmen die Saison der Bäder zu „strecken“, die heute auch für eine wirkliche Rentabilität der Badeverwaltungen zu kurz ist, so ist es dann auch ohne Schwierigkeiten möglich, trotz starken Fremdenbesuches eine ausreichende Zahl von Volkangehörigen aus den minderbemittelten Schichten zur Badekur zuzulassen. Ein verheißungsvoller Anfang liegt z. B. in dem von Preußen und dem Reich beschlossenen Bau eines Eisenbahndammes vom Festland nach der Insel Sylt. Hierdurch wird diese Insel mit ihrem für Winterturen Lungentranker und Brustleidender sehr geeigneten milden Klima in die Lage gesetzt, später ein Winter-Lustkurort im großen zu werden und dadurch auch ihre infolge der kurzen Sommersaison immer sehr schlechten Finanzen zu sanieren. Ueberhaupt dürfen Seebäder nicht aus der ganzen Regelung des Bäderwesens herausgelöst werden. Sie sind, wenn sie auch z. B. für unsere kriegsbeschädigten nicht die gleiche Bedeutung haben wie Thermalbäder, doch für unterernährte Kinder, Schwache, Blutarmer — und auf einen wie großen Teil des arbeitenden Volkes trifft diese Bezeichnung zu! — von unschätzbarem Wert. Darum sollten von Reichs wegen aus Valutazuschlägen für Ausländer in den Seebädern kleine Barackenstädte gebaut werden, die die Unterbringung und Beköstigung möglichst großer Massen von Schulkindern aus den minderbemittelten Kreisen, verteilt auf die Zeit von Mai bis Oktober, ermöglichen würden.

An anderer Stelle wird auf die einzelnen Programmpunkte und ihre Verwirklichungsmöglichkeit näher eingegangen werden müssen. Bei so manchen zuständigen Stellen — ich denke an das Preussische Ministerium für Volkswohlfahrt — ist, wie ich aus den früheren Verhandlungen des Vorjahres und aus der Diskussion der vom Landtag ausgegangenen Anregungen weiß, volles Verständnis für die Forderungen der Stunde vorhanden. Jetzt aber ist die höchste Zeit, daß die Parteien sich in dieser das Volksganze angehenden Angelegenheit zu einem gemeinsamen Vorgehen entschließen und an die Reichsregierung mit substantiierten Vorschlägen der oben angeordneten Art herangehen. Die Zeiten sind so schwer und die gesundheitlichen Verhältnisse und die daraus sich mit Naturnotwendigkeit ergebenden seelischen Stimmungen der Massen so kritisch und traurig, daß wir nicht das Recht haben, nochmals einen Sommer verstreichen zu lassen, ohne auf friedlichem Wege durch eine großzügige Art sozialpolitischer Gesetzgebung, ergänzt durch praktisch durchführbare und nicht weltfremde Ausführungsbestimmungen, dem deutschen Volke seine Heilquellen und Luftkurorte zurückerobern zu haben. Nicht nur Brot und Arbeit darf die Lösung sein, sondern auch Lust, Licht, Sonne und Heilung, um die Menschen körperlich und seelisch zu stärken und zu wirklich nachhaltiger Arbeit im aufbauenden Sinne erst einmal fähig und freudig zu machen!

Bolschewistisches Doppelspiel.

Der Prozeß der Sozialisten-Revolutionäre.

Wir haben gestern hier auf den offensündigen Widerspruch hingewiesen, der zwischen den Erklärungen Radeks auf der einen Seite, Lenins und Kurkis auf der anderen über den Prozeß der russischen Sozialisten-Revolutionäre besteht. Auf der Berliner Konferenz hat sich Radek ziemlich human geberdet, indem er erklärte, daß die Sowjetregierung habe, wie aus

Veröffentlichungen ihrer offiziellen Presse hervorgehe, im voraus auf Todesurteile verzichtet. In Moskau will man von einem solchen Verzicht nichts wissen, und verzicht man gegen die Berliner Berichtler drohend die Stirne. Das veranlaßt Radek, noch einmal in der „Roten Fahne“ das Wort zu ergreifen und u. a. folgendes zu erklären:

„Die Delegation der Kommunistischen Internationale hat es in der Reunionskommission abgelehnt, irgendwelche bindende Erklärung im Namen der Sowjetregierung abzugeben, da sie nicht die Sowjetregierung, sondern die Exekutivkommission der Kommunistischen Internationale vertritt. Sie hat aber erklärt: die Sowjetregierung wahre sich das revolutionäre Recht, auf Gewalt mit Gewalt zu antworten, aber wir wissen auf Grund der Meldungen der Sowjetpresse, daß sie, angesichts der Tatsache, daß die konkreten Verbrechen der S. R. vor 3 Jahren geschehen sind, nicht vor hat, diese Verbrechen jetzt mit der Todesstrafe zu ahnden. In dieser Form kam die Erklärung der Delegation der Kommunistischen Internationale in die gemeinsame Resolution der Konferenz. Und ich erkläre heute zum zweitenmal: was gesagt worden ist von den Vertretern der Kommunistischen Internationale, besteht, und jedes Geschrei gegen die Todesstrafe, in der die Sozialisten-Revolutionäre schweigen, widerspricht den Tatsachen und dient objektiv nur den Sozialisten-Revolutionären, die mit der Waffe in der Hand gegen die Sowjetregierung auch heute noch kämpfen.“

Damit sagt Radek den Moskauer ziemlich unverblümt, daß sie mit ihrer zur Schau getragenen Erschießfreudigkeit der Sache des Kommunismus in Europa schaden. Der Widerspruch zwischen den Berliner und den Moskauer Erklärungen wird dadurch nicht beseitigt, sondern nur noch schärfer hervorgehoben.

Pferde- und Hundefleisch.

Das Ausland betrachtet Deutschlands Ernährungsfrage oft an der Hand der Speisefarte des Hotels Adlon; im Inland hört man häufig genug, daß es im besonderen die Arbeiter seien, die die Fleischverläden füllen. Gegenüber diesen gleichermäÙig unsinnigen Behauptungen gibt die amtliche Statistik über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau im Deutschen Reich erschütternde Zahlenmaterial, das in seiner Richtigkeit grauenhaft wirkt. Der Pferdefleischgenuß ist in Deutschland schon immer die Nothilfe der ganz Armen gewesen, die sich einmal sattessen wollten. Daß wir aber 1921 in Deutschland 149 495 Pferdeschlachtungen gehabt haben, muß die Statistik ausweisen, sonst würde es unglaublich erscheinen.

Unter amtlicher Aufsicht und Schlachtbeschau wurden des weiteren 5 481 Hunde als menschliche Nahrung hergetötet! Die Hauptkonsumgebiete für Hundefleisch sind Sachsen, Anhalt, Provinz Sachsen, Ober- und Niederschlesien.

Drohungen des Landbundes.

Der Gesamtvorstand des Reichs-Landbundes nahm, wie die „Deutsche Tageszeitung“ mitteilt, in seiner Sitzung vom 21. April einstimmig folgende Entschliessung an:

„Der Reichs-Landbund lehnt die Wiederholung der Umsage in jeder Form ab und wird sich gegen ihre Einführung mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln wehren.“

Es ist kein Zufall, daß in dieser Entschliessung nicht etwa von allen geschmäÙigen, sondern von allen zu Gebote stehenden Mitteln die Rede ist. Denn nach der letzten Gesamtsitzung des Landbundes kann kein Zweifel darüber sein, daß die Herren Agrarier auch mit allen ungesetzlichen Mitteln, mit Sabotage und Lieferungsstreik, ihre Wucherfreiheit verteidigen werden. Die Herren schreien sich die Kehle heiser nach „Wiederherstellung einer festen staatlichen Autorität“, die zu untergraben sie fest entschlossen sind, falls sie ihnen irgendwie un bequem werden wird. Sie führen den Mund voll patriotischer Phrasen und beweisen ihren Patriotismus dadurch, daß ihnen die Not des Volkes höchst gleichgültig ist gegenüber ihren Profitinteressen.

Die Pelzkönigin.

Ein Beitrag zur Soziologie des Schundromans.

Von Ernst Simon.

In Goethes und Schillers Tagen waren Rahelbe, Jffland und Claren die berühmtesten Autoren der Zeit. Ihre Stücke wurden weit mehr gespielt, ihre Romane sehr viel eifriger gelesen als die Werke der großen Dichter. Heute ist es nicht anders. Gerhart Hauptmann und Thomas Mann sind nur scheinbar die Beherrscher der Literatur. Trotz der großen Auflagen, die gute Bücher heute erreichen können, und der vielen Versuche, durch Volkstheater, Volksbühnen usw. die edle Kunst den breiten Massen näherzubringen, bleiben Namen und Wert der deutschen Dichter dieser Zeit der Masse und mehr vielleicht noch dem kleinen Bürger so gut wie unbekannt. Eine Schreiberin wie Hedwig Courths-Mahler hat einen unergründlichen breiteren Einfluß als jene beiden unerbittlichen Diagnostiker. Deshalb besteht ein soziologisches Interesse daran, etwa einen der neuesten Romane der Courths-Mahler einmal zu betrachten.

Eine Bemerkung ist voranzuschicken. Es handelt sich bei dieser Art von Familienromanen, die heute zu Hunderten umlaufen und meist zuerst in einer der zahlreichen und weitverbreiteten Hausfrauenzeitschriften erscheinen, zwar durchaus um Schundliteratur, doch nicht gerade um solche, gegen die sich der Kampf der Zensur und der Jugend zu richten pflegt. Meist ist von großen Verfügen gegen das „Sittengesetz“ gar keine Rede, auch die aufreizenden Schilderungen räuberischer Taten fehlen im allgemeinen. Jedes junge Mädchen kann ohne sittliche Gefahr die Romane der Courths-Mahler lesen — und das Gefährliche ist: fast jedes junge Mädchen liest sie denn auch.

Das Verderbliche dieser Art von Literatur liegt also auf anderem Gebiet als bei den Hefen der Schundserien. Ein Bild in den Roman „Die Pelzkönigin“ wird klar machen, was hier gemeint ist: die demoralisierende Wirkung des Sittengesetzes.

Da wird der hochherrschaffliche Haushalt eines Dollar Königs in Kanada geschildert. Natürlich stammt er aus Deutschland, war einmal Offizier (der darf auch heute noch nicht fehlen), hat aber den üblichen Schritt begangen, packte nicht in den preussischer Drill und ist nun in Amerika zum reichen Manne geworden. Mit breitem Behagen erhebt der Leser, die elegante, aber keineswegs profane Einrichtung der Wohnung, die vornehme Art, in der das Mittagmahl serviert und verzehrt wird und atmet voller Lust die ganze Atmosphäre eines behaglichen und geschmackvollen Wohllebens, die seine eigene umförmte und arbeitsreiche Lebensweise so wohlgerne ergänzt.

Hier scheint mir die eigentliche Gefahr dieser Romane zu liegen; sie geben den Kleinbürgerlichen Schichten ein großbürgerliches

Wunschbild, ein bourgeoises Ideal. Auf diese Weise hemmen sie mehr, als man ahnt, die wirkliche Erneuerung des Volkes. An die Stelle des revolutionären Impulses tritt die Sehnsucht, den Gestalten der kapitalistischen Phantasie gleich zu sein. Und was noch schlimmer ist: auch die revolutionären Bestimmungen empfangen von diesem Ziel her oft den bestimmenden Einfluß. Die Umwandlung der Revolution in einen bloßen „Bohnenkampf“ hängt deutlich mit derartigen Vorbildern zusammen. An die Stelle der vollen Erneuerung tritt der banausische Wunsch, sich selbst in die Lage der Besitzenden zu setzen.

Und nun hat der kapitalistische Schundroman noch einen mächtigen Bundesgenossen in seinem Kampfe gegen den guten Sinn des Volkes: das Kino. Auch da rollen elegante Autos, denen Fracks, Uniformen und Knaben einsteigen, auch da wird auf den Balkonen herrlicher Villen vornehm geflüstert — es ist ganz dasselbe Bild. Und auch das Publikum ist dasselbe: Arbeiter und Kleinbürger.

So wirken denn diese Erzeugnisse des Kapitalismus: der Kitschroman und das Kino mit der Notwendigkeit des Naturgesetzes weiter im Sinne ihres Ursprungs. Nicht nur, daß die Autoren, Verleger usw. glänzende Geschäfte machen, vor allem wird jene Beruhigung im Wunschendürfen erzeugt, die jeder ehrlichen Erneuerung im Wege steht.

Darum: Vergesst den Kitsch nicht.

Eine neue Aufgabe für den Film. Einen Gedanken, den vielleicht schon mancher unter den dem Film Fernstehenden gehabt hat, will der amerikanische Filmunternehmer David Warf Griffith zur Ausführung bringen. Er ist nach England gekommen, um von da aus Filme herstellen zu lassen, die, wie er sich in amerikanischer Redeweise ausdrückt, „allen Kriegen ein Ende machen sollen“. „Vor wenigen Jahren noch“, so äußert sich Mr. Griffith darüber zu den Berichterstattern, „opfereten die Völker der Welt Millionen für den Krieg. Die Zeit ist gekommen, um Geld und Gehirnkräfte daran zu wenden, die Völker den Frieden zu lehren. Wenn die Völker hinreichend belehrt werden, werden sie Frieden miteinander halten. Hier liegt die große Aufgabe für den Film.“

Die Filme, die Griffith herstellen lassen will, sollen mit aller Genauigkeit an den Wägen aufgenommen werden, wo der Krieg stattgefunden hat. Wenn sich nun auch das Problem von Krieg oder Frieden kaum so einfach lösen lassen wird, wie der Amerikaner meint, so wäre es doch zweifellos eine aller Wägen werthe Aufgabe für den Film, allen Menschen, die den Krieg nicht kennengelernt haben, ihn zu zeigen, wie er wirklich war. Man dürfte sich dabei allerdings nicht darauf beschränken, die Verwüstungen des letzten Krieges darzustellen, sondern müßte mit aller zu erreichender Korrektheit zeigen, was die Welt auf Grund der seitdem schon wieder ungeheuer fortgeschrittenen Technik des Menschenmordes von einem neuen Krieg zu erwarten hätte.

Wer kauft Schiffe? Die Regierung der Vereinigten Staaten hat fast 300 Hochschiffe, mit denen sie nichts anzufangen weiß. Diese Schiffe wurden zum Preise von je 125 000 Dollar während des Krieges gebaut und bereiten nun Bedrücklichkeiten. Nach dem

Landtagswahl in Schaumburg-Lippe.

Der Freistaat Schaumburg-Lippe ist wohl das Land, das zuletzt sein nach dem großen Umschwung zusammengesetztes Landesparlament erneuert. Das ist in den Landesverhältnissen begründet. Zunächst haben die Auseinandersetzungen zwischen Land und früherem Fürsten über das Domanium lange Zeit in Anspruch genommen. Dann mußten aber auch verschiedene Geleise erledigt werden, bevor zur Neuwahl des Landtages geschritten werden konnte. Namentlich um die Verfassung haben unsere Genossen lange Kämpfe führen müssen, denn die bürgerliche Minderheit wollte gar zu gern den sozialistischen Geist, wenn möglich auch den demokratischen Geist aus der neuen Verfassung fernhalten. Auch das ist ziemlich erklärlich, denn die bürgerlichen zur Wahl eines belästigten Regierungsmittels, das der Sozialdemokratie angehört, bereitstanden. So zog sich die Neuwahl bis zu diesem Frühjahr hin, die nunmehr am Sonntag, den 23. April, stattfand. Die Bürgerlichen hoffen, die geringe sozialdemokratische Mehrheit zu beseitigen. Diese Hoffnung ist begreiflich, da sie bis zu den Reichstagswahlen 1920 gegenüber den Wahlen von 1919 um über 1000 Stimmen gewonnen haben.

Bei der Landtagswahl am 16. Februar 1919 wurden 22 590 Stimmen abgegeben, davon erhielt die Sozialdemokratie 12 217 Stimmen und 8 Mandate, die Demokratische Partei 3574 Stimmen und 2 Mandate, die Deutschnationale Volkspartei 2487 Stimmen und 2 Mandate, die parteilose Wählervereinigung 2058 Stimmen und 2 Mandate, die Deutsche Volkspartei 1341 Stimmen und 1 Mandat. Die Listen der Beamtenvereinigung mit 812 Stimmen und die des Zentrums mit 101 Stimmen erhielten kein Mandat.

Bei der Reichstagswahl 1920 wurden 24 784 Stimmen abgegeben; davon erhielten die Sozialdemokratie 11 107, U.S.P. 1392, Demokraten 2608, Volkspartei 6001, Deutschnationale 3509 und Zentrum 130 Stimmen. Im Juni 1920 fanden so den 12 499 sozialistischen Stimmen 12 249 bürgerliche Stimmen gegenüber.

Um zu ihrem Ziele zu gelangen, haben die Bürgerlichen nicht weniger als 9 Kandidatenlisten aufgestellt.

Die Unabhängigen konnten es nicht unterlassen, auch eine eigene Liste aufzustellen, haben diese aber mit der Liste der Sozialdemokratischen Partei verbunden.

Antisemitismus und Rechtsprechung.

Wir berichteten jüngst über das Urteil einer Strafkammer in Glogau, die das kommunistische Auspucken einer deutschvölkischen Jugendrotte am Judensriedhof für straflos erklärte. Dieses Urteil macht Schule. Am Gymnasium zu Frankenstein, wo der deutschvölkische Radikalisimus eine besondere Pflegstätte zu besitzen scheint, besteht eine Wandervogelgruppe, die Ende vorigen Jahres unter Führung eines Studienrates die Stadt mit einem Glogau durchzog, dessen Keckheit lautete: „Blut muß fließen, Judenblut!“

Wegen dieses Gesanges wurde gegen den Studentat und seinen Sohn, den Bundesleiter, Strafanzeige wegen Aufreizung zum Klassenhaß nach § 130 StGB. erlassen. Der Oberstaatsanwalt in Glogau — übrigens derselbe Oberstaatsanwalt, der kein öffentliches Interesse zum Einschreiten fand, als vor Jahresfrist eine Kolle Selbstschützengewand einen linksstehenden Schriftsteller barbarisch mißhandelt — lehnte aber die Erhebung der Anklage ab mit der Begründung, daß die Juden keine Klasse, sondern eine Rasse seien, weshalb eine Aufreizung zum Klassenhaß nicht vorliege. Daß das Reichsgericht mehrfach den Klassenbegriff dahin definiert hat, daß darunter „durch historische Entwicklung abgegrenzte Teile der Bevölkerung“ zu verstehen seien, scheint dieser Staatsanwalt nicht zu wissen. Der Generalstaatsanwalt in Breslau hat übrigens den Anzeigerstatuten auf ihre Beschärfe erklärt, daß er diese Entscheidung des Oberstaatsanwalts aufheben werde. Es scheint aber dringend geboten, daß der Oberstaatsanwalt in Glogau, der seiner Aufgabe offenbar in dem Richterhebung von Anklagen gegen rechtsgerichtete Ergebenen zuwider, endlich von seinem Posten entsetzt wird.

Nach ein zweiter Fall schlesischer Justiz: In einer Versammlung des deutschvölkischen Schutz- und Truhbundes, die am 1. März 1921 stattfand, behauptete der Vorsitzende, ein Herr Reiffgerste, daß der Zentralverein Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, Ortsgruppe Halle a. d. S., einem Kommunisten 3000 Mk. dafür geboten habe, daß er den Schriftleiter der „Deutschen Zeitung“ ermorde. Wegen dieser Behauptung strengten

Waffenstillstand stelle die Regierung die Schiffe zum Verkauf. Es fand sich aber kein Käufer. Die Regierung wollte sie nun verachten, aber keiner wollte sie haben. In der Verwerfung entschied man sich schließlich dazu, die Fahrzeuge zu zerstören, aber es stellte sich leider heraus, daß die nichtswürdigen Schiffe, die zu nichts zu gebrauchen sind, unzerstörbar sind. Man füllte sie eines Tages mit zahllosen Metallkugeln Petroleum und steckte sie in Brand. Für 20 000 Dollar hatte man ein sehr schönes Freudenfeuer, aber als der Brand verlosch, war, schwammen die Schiffe in verrottem Zustande immer noch auf dem Wasser. Jetzt beabsichtigt man, diese Fahrzeuge mit Säuren zu füllen und sie versinken zu lassen. Bestimmten behaupten allerdings, daß dies nicht viel nützen werde, denn die Schiffe würden sich um ihre Achse drehen, ihren Ballast in die Tiefe lassen und selbst wieder an der Oberfläche erscheinen, eine ständige Gefahr für die gesamte Schifffahrt. Richtiger wäre es, wenn man die Schiffe mit Dynamit sprengen würde. Es wird also der amerikanischen Regierung nichts übrig bleiben, als die verrottenen Schiffe zu behauen, wo sie in dem Hafen weiter ein beträchtliches Hindernis für die Schifffahrt bilden werden.

Eröffnung des Bayernwerkes. Das Bayernwerk, dieses großzügige, über ganz Bayern ausgedehnte elektrische Unternehmen der Ueberlandversorgung, wird in kurzer Zeit wenigstens teilweise eröffnet werden können. Eine Reihe bereits bestehender Dampfstromwerke wurde bereits in das Unternehmen einbezogen, so daß in den nächsten Monaten die elektrische Kreisversorgung Unterfrankens und der Oberpfalz eröffnet werden kann. Unterfranken wird vom Großkraftwerk Dittlingen aus mit Strom und Licht versorgt werden, die elektrische Versorgung der westlichen Oberpfalz von Regensburg über Amberg nach Nürnberg wird durch das Dampfstromwerk Pöhlhof gesichert. Diese Strecken dürften im Laufe des Sommers in Betrieb gesetzt werden. Der Vollbetrieb des Bayernwerkes wird im Herbst 1923 oder Frühjahr 1924 eröffnet werden, sobald die Wasserstromwerke des Waldensees und der mittleren Isar fertiggestellt sind.

Erkennführungen der Woche. Po. Schloßpark-Theater: „Belshazzars Gastmahl“. Freit. Schiller-Theater: „Der Hohlwurm“.

Uranio-Vorträge. Sonn- u. Mittw. Freit.: Vom Gardo (sic) nach Venedig. Mont. u. Sonnab.: Von Genna nach Florenz. Dienst.: Reg. Rat Gollner: Das moderne Amerika. Sonn.: Filmgeheimnisse und Filmmunder.

Kunstchronik. Bei Paul Cassirer werden vom Dienstag ab 33 neue Aquarelle von Oskar Kokoschka gezeigt. Am Herbst folgt eine Gesamtausgabe der neuesten Gemälde des Künstlers.

In der Volkshöhle gelangt heute wegen plötzlicher Erkrankung eines Hauptdarstellers nicht „König Lear“, sondern um 7 1/2 Uhr Händelens „Meder die Kraft“ I. zur Aufführung.

Eine päpstliche Stiftung für Köln. Der Papst hat zur Errichtung des vom gelehrten „eulischen Epil Inpatis in Köln geplanten Päpstlichen Instituts 200 000 Lire (über 3 Millionen Mark) übereignet.

Das Sinken der französischen Währungsparität. Das Journal Officiel meldet, daß nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung die Gesamtzahl der französischen Bevölkerung 39 209 706 Einwohner betrug. Im Jahre 1911 lautete die Ziffer 39 604 982. Da indessen in der diesjährigen Ziffer die Einwohner von Elah und Kolpingen mit 1 709 749 mitgezählt sind, ist die Bevölkerung um 2 104 975 zurückgegangen.

die Vorstandsmitglieder der Ortsgruppe Halle gegen Herrn Reiff, gerichte Privatbeleidigungsklage an. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen übler Nachrede zu 500 M. Geldstrafe, die Strafkammer aber hob in der Berufungsinstanz dieses Urteil auf und sprach Herrn Reiff frei, obwohl er einen Wahrscheinlichkeitsbeweis für seine Behauptung nicht erbringen konnte, auf Grund Wahrscheinlichkeit berechtigter Interessen (§ 193 StGB.) frei. Die gegen dieses Urteil eingelegte Revision blieb erfolglos. — Deutschösterreichische haben eben „berechtigter Interessen“ in einem geradezu fabelhaften Umfang.

Militärkontrolle und Flugzeugbau.

Die von uns bereits gemeldete Note der Postfachkonferenz über Freigabe des deutschen Flugzeugbaues und Umwandlung der militärischen Kontrollkommissionen enthält außer der Mantelnote drei Anlagen, in der die Zusammenfassung und die Aufgaben des neu einzuführenden und von den Alliierten zu unterhaltenden Garantiekomitees für die Luftfahrt und des Militärgarantiekomitees sowie die von der deutschen Regierung noch hinsichtlich der Abrüstung zu leistenden Arbeiten genau umrissen werden. Das Garantiekomitee für die Luftfahrt soll am 5. Mai in Kraft treten; der Zeitpunkt für die Umwandlung der Militärkontrollkommission in ein Militärgarantiekomitee wird noch näher bestimmt werden. Die Tätigkeit der Komitees dauert bis zu dem Tag, an dem die erste Befehlsgabe erteilt wird. Die Kontrolle, die sie nach dem Entwurf über die deutsche Industrie auszuüben imstande sind, ist zum mindesten ebenso weitgehend, wie die der bisherigen Kommissionen.

Besonders einschneidend greifen die „Regeln zur Unterscheidung der zivilen und der militärischen Luftfahrzeuge“, wie sie die Note vorstelt, in unser Wirtschaftsleben ein. Eindeutig mit größerer Leistung als 60 Pferdekraft, Flugzeuge, die ohne Führer fliegen können, solche, die bei voller Belastung höher als 4000 Meter steigen können oder deren Geschwindigkeit bei voller Belastung und in einer Höhe von 2000 Meter 170 Kilometer übertrifft, Flugzeuge, die mehr als 600 Kilogramm Nutzlast oder mehr als eine bestimmte Höchstmenge Öl und Kraftstoffe zu fassen vermögen, sind Kriegsgüter. Für Lenkflugkörper wird der Rauminhalt vorgeschrieben, vorgeschrieben werden auch gleichfalls die Vorräte an Flugmotoren, losen Teilen und Motorzubehör, die herzustellen uns gestattet ist. Es ist in der Tat schwer, einzusehen, was das alles mit militärischen Maßnahmen zu tun hat und wie unsere Flugzeugindustrie bei diesen Beschränkungen konkurrenzfähig bleiben soll. Hier macht sich der Mangel völkerrechtlicher Bestimmungen über das Wesen der Militärflugschiffahrt in sehr dringender Weise bemerkbar, und es wäre eine Aufgabe, der sich die Völkerbundkommission für die Abrüstungsfrage möglichst bald unterziehen sollte, festzustellen, welche Bestimmungen bei einer künftigen Abrüstung oder Einschränkung der Luftwaffe für alle Staaten bindend sind.

Abschaffung des 1. Mai in Bremen?

Bremen, 22. April. (Eigener Drahtbericht.) Eine ungeheuerliche Vergewaltigung hat sich hier gestern der bürgerliche Bloß, bestehend aus Deutschnationalen, Deutschen Volksparteilern, Demokraten und Christlich-Deutschen Volksparteilern, in der Bürgererschaft erlaubt. Ein Antrag der Demokraten auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag hatte schon bei früheren Sitzungen auf der Tagesordnung gestanden, mußte aber immer wieder vertagt werden, weil das Haus jedesmal beschlußunfähig wurde. Um den Antrag nun noch vor dem 1. Mai unter Dach und Fach zu bringen, beschloß die Bürgerlichkeit, ihn unter allen Umständen durchzusetzen. Als nach stürmischer Debatte der Schlußantrag angenommen war, wurde — verfassungswidrig — gleich über den Antrag auf Aufhebung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag selbst abgestimmt. Der Antrag wurde angenommen. Die Entrüstung war aufs höchste gestiegen. Verschiedene Gegenstände flogen durch den Saal. Dem Präsidenten wurden die Papiere und das Tintenfaß vom Pult gerissen usw. Plötzlich ging das Licht aus, und die Bürgerlichen suchten mit angezündeten Streichhölzern den Ausgang. Dann trat Ruhe ein. Jetzt ergriff der Vizepräsident, Genosse Klenke, das Wort und setzte die Sitzung fort, indem er darauf hinwies, daß der Präsident und die Bürgerlichen einen Verfassungsverstoß begangen hätten und der Beschluß null und nichtig sei. Seine Erklärung wurde von allen drei Fraktionen gebilligt und schließlich beschlossen, eine dementsprechende Erklärung zu veröffentlichen. Der Vorgang wird nach weitere Folgen nach sich ziehen.

Die Gewerkschaftsinternationale.

Debatte über die Berichte des Bureau.

Rom, 22. April. (Antel.) Die gestrige Debatte beschäftigte sich mit dem vom Bureau erstatteten Bericht. Als erster ergriff Tarnow-Deutschland das Wort und erklärte, daß der Durchführung der „großen Aktionen“, z. B. der Durchführung des Boykotts gegen Ungarn, vom Internationalen Gewerkschaftsbund nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt worden sei. Firmen verteidigte den Gewerkschaftsbund gegen diesen Vorwurf, indem er darauf hinwies, daß es sich hier um die erste große Aktion der Arbeiter der Welt gegen eine Regierung gehandelt habe. Wenn dieser

Boykott gegen den weißen Terror

auch nur einen Scheinerfolg zeitigte, war er doch eine großartige Demonstration. Man dürfe auch nicht vergessen, daß die Nachkriegszeit an die Arbeiterklasse bedeutende Aufgaben gestellt habe als die Vorkriegszeit. Es genüge nicht, im Gewerkschaftsbunde für die Besserung der wirtschaftlichen Lage einzutreten, man müsse sich auch der großen politischen Aufgaben, die seiner harren, bewußt sein. Stimmen hofft, daß der Kongreß dem Bureau weitestgehende Vollmachten für die Durchführung solcher großangelegten Aktionen geben werde.

Zu waffl. Polen wendet sich gegen die Aktionen des Gewerkschaftsbundes, die die Beförderung von Munition und Waffen für Polen verhindern, und beschwert sich über die Stellungnahme des Londoner Gewerkschaftsbundes 1920, die sich auf falsche Voraussetzungen gestützt hätte. Stimmen antwortet, daß jene Aktionen nicht gegen Polen, sondern gegen die Entente, die neue Kriege vorbereitet, gerichtet waren.

Burkfed-Jugoslawien fordert die Unterstützung des Gewerkschaftsbundes für jene Länder, in denen die Arbeiterbewegung nur schwach ist und fordert für das Proletariat der Landwirtschaft die gleiche Berücksichtigung wie für das Proletariat der Industrie, besonders aber in Rußland. Stimmen verspricht, hier Hilfe zu schaffen. Der Gewerkschaftsbund werde

Die Verpflegung von 60 000 Kindern

aus jenen Gebieten übernehmen.

Wahlordnung für die Elternbeiräte.

Der amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht die vom Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erlassene neue Wahlordnung für die Elternbeiräte. (Die in Fettdruck gesetzten Stellen geben die Neuerungen in der Wahlordnung wieder.)

Des aktiven und passiven Wahlrecht steht den Eltern sämtlicher die Schule besuchenden Kinder zu, auch der Gast- und fremden Schulkinder, und zwar sowohl den Vätern als auch den Müttern, ferner den Adoptiv- und Stiefeltern, sowie den Pflegerinnen, die ein Schulkind dauernd und im wesentlichen unentgeltlich in ihrer Familie erziehen. Die Mitglieder des Lehrkörpers haben, wenn ihre Kinder die Schule besuchen, daselbe Wahlrecht wie alle anderen Eltern. Jeder Wahlberechtigte hat nur eine Stimme, gleichviel wieviele seiner Kinder die Schule besuchen.

Die ordentlichen Neuwahlen der Elternbeiräte finden in den ersten 8 Wochen nach dem Frühjahrsbeginn des Unterrichts im neuen Schuljahr statt. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Der Wahltermin wird von der Schulaufsichtsbehörde festgesetzt und bekanntgemacht. Die Wahlen finden in der Regel Sonn- oder Feiertags anherhalb der Schulfreien statt. Zum Wählen sind mindestens 5 Stunden Zeit zu gewähren. Eine längere Wahlfrist kann die Schulaufsichtsbehörde nach den örtlichen Bedürfnissen festsetzen.

Der Schulleiter stellt die Liste der Wahlberechtigten auf und legt sie regelmäßig spätestens 4 Wochen vor der Wahl zwei Wochen lang zur öffentlichen Einsicht aus. Den Wählern (Eltern) ist gestattet, von der Wählerliste Abschrift zu nehmen. Einsprüche gegen die Liste sind spätestens eine Woche vor der Wahl bei dem Schulleiter anzubringen. Dieser ist berechtigt, wenn es sich um einen Einspruch gegen das Fehlen eines Wahlberechtigten in der Liste handelt, selbstständig dem Einspruch stattzugeben. Tut er dies nicht oder handelt es sich um einen Einspruch gegen die Aufnahme bestimmter Personen als Wahlberechtigte in die Liste, so entscheidet der Wahlvorstand (Ziffer 4). Dessen Entscheidung kann nur noch vollzogener Wahl im Wege des Einspruchs gegen diese (Ziffer 9) angefochten werden.

Ferner beruft der Schulleiter im Einvernehmen mit dem bestehenden Elternbeirat in der Regel 4 Wochen vor der Wahl eine Elternversammlung ein. Die Einberufung kann durch Vermittlung der Schulkinder oder durch öffentliche Aufforderung erfolgen. In der Elternversammlung hat der Schulleiter die Satzungen des Elternbeirates und die Anzahl der zu wählenden Mitglieder bekanntzugeben, auch die Wichtigkeit der Wahl hervorzuheben, auf das Auslegen der Wählerliste (Ziffer 3) und die Zulässigkeit des Einspruchs hinzuweisen, zur Einreichung von Kandidatenlisten aufzufordern und den Termin für eine zweite Elternversammlung festzusetzen. Diese erfolgt in der Regel 2 Wochen vor der Wahl. In ihr sind die gleichen Bekanntmachungen zu wiederholen und durch Jurore oder Abstimmung ein aus mindestens 3 Personen bestehender Wahlvorstand zu wählen.

5. Die Kandidatenlisten sind spätestens am 10. Tage vor der Wahl dem Wahlvorstand einzureichen. Sie müssen jede mindestens soviel Namen von Kandidaten enthalten, als Mitglieder des Elternbeirates zu wählen sind, und müssen mindestens 10 Unterschriften von Wahlberechtigten tragen, bei Schulen oder Schulstellen von über 500 Kindern 20 Unterschriften. Kandidatenlisten, die diesen Vorschriften nicht entsprechen, hat der Wahlvorstand zurückzuweisen. Alle anderen sind spätestens 8 Tage vor der Wahl in geeigneter Weise zu veröffentlichen. (Jede örtliche Art der Veröffentlichung amtlicher Bekanntmachungen genügt.) Die Zurückweisung von Kandidatenlisten kann nur im Wege des Einspruchs gegen die Wahl (Ziffer 9) angefochten werden. Wird nur ein Wahlvorschlagn vorläufig festgestellt und eingereicht, so erkräftigt sich das weitere Wahlverfahren. Der Wahlvorstand hat dann nur das Wahlergebnis nach dem Grundsatze von Ziffer 7 festzustellen.

6. Die Wahlberechtigten wählen durch persönliche Abgabe von verdeckten Stimmzetteln in öffentlicher Wahlhandlung. Zur Sicherung des Wahlschweigens sollen die Stimmzettel gleich groß und weiß sein, soweit nicht mit amtlichen Wahlumschlägen gewählt werden kann. Die Stimmzettel müssen eine der Kandidatenlisten genau bezeichnen. Die Verbindung von Listen ist unzulässig. Kein Kandidat darf gleichzeitig auf zwei Listen stehen. Stimmzettel, die nicht auf eine der öffentlich bekanntgemachten Kandidatenlisten lauten, sind ungültig, ebenso abgegebene Stimmzettel.

7. Das Wahlergebnis ist sofort nach beendeter Wahl vom Wahlvorstand in öffentlicher Sitzung festzustellen und in geeigneter Weise zu veröffentlichen. Bei Ermittlung der auf jede Kandidatenliste nach dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entfallenden Mandate findet § 51 der Wahlordnung für die Wahlen zur Deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (RGBl. S. 1353) sinngemäß Anwendung. Die Namen der Gewählten sind dem Schulleiter mitzuteilen, der binnen 8 Tagen die erste Sitzung des Elternbeirates einberuft.

8. Ueber die Wahlhandlung und die Feststellung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll aufzustellen, das von sämtlichen Mitgliedern des Wahlvorstandes zu unterschreiben und mit den eingegangenen Stimmzetteln und der Wählerliste vom dem Schulleiter bis zur nächsten Wahl aufzubewahren ist.

9. Einsprüche gegen die Wahl sind nur binnen 2 Wochen nach Feststellung des Wahlergebnisses zulässig. Sie können jede vor oder bei der Wahl vorgekommene Unregelmäßigkeit betreffen, haben aber keine aufhebende Wirkung. Ueber die Einsprüche entscheidet die Schulaufsichtsbehörde. Gibt sie dem Einspruch statt, so setzt sie zugleich einen neuen Wahltermin fest.

Aufstockungen.

Wie heute in Berlin gebaut wird.

In der Innentadt von Berlin, in dem sogenannten Bankenviertel, wo der Verkehr am mächtigsten braust und flutet, findet man jetzt vor einer großen Reihe von Banken und anderen Geschäftshäusern bis zu einer Höhe von 30 Metern aufragende, stabile Bauwerke. Mächtige Krane blicken von ihnen auf das Gewühl der Straße. In einer Höhe von 3 Stockwerken tragen sie an die Vorderfront des Hauses wie Puppenstuben angelegte Baubureaus, riesige Treppentürme führen an ihnen schwindelnd empor. Es sind dies alles Vorrichtungen, die die sogenannten Aufstockungen erfordern.

Wegen der ungeheuer hohen Materialpreise und der dadurch bedingten niedrigen Verzinsung der Gebäude ist an die Aufführung von Neubauten augenblicklich nicht zu denken. Um neue Wohnungen zu schaffen oder um zu verhindern, daß durch neu einzurichtende Büroräume noch weitere Wohnräume verloren gehen, ist man auf den Gedanken dieser Aufstockungen gekommen. Die Gebäude, auf die weitere Stockwerke aufgesetzt werden sollen, müssen vollständig in Betrieb bleiben; aus diesem Grunde sind jene vorhin erwähnten umfangreichen und kostspieligen Vorrichtungen geschaffen worden. Die mit elektrischen Aufzugsvorrichtungen und beweglichen Baustützen versehenen eisernen Turmgerüste sind untereinander durch Gitterträger aus Holz verbunden; dadurch sind hoch über den Straßen Ebenen geschaffen, von denen aus wie von ebener Erde gebaut wird. Der Schutt wird weder heruntergetragen noch heruntergeschoben, sondern durch Schuttrichter heruntergeschüttet. Es ist natürlich äußerst wichtig, dafür zu sorgen, daß die Gebäude gegen Witterung geschützt sind; deshalb muß man bestrebt sein, das alte Holz so lange wie möglich stehen zu lassen. Trotz des hohen Eisenpreises findet das Eisen eine starke Verwendung, damit an dem die Fundamente allzu stark belastenden Mauerwerk gespart werden kann. Die Aufstockungen müssen in sich äußerst stark verankert sein, um nicht den Zusammenhalt mit dem ursprünglichen Gebäude zu verlieren.

In der Regel werden nicht mehr als zwei Stockwerke neu aufgesetzt, so daß das Gebäude nach Vollendung des Baues im ganzen etwa 5 bis 7 Stockwerke zählt — je nach seiner ursprünglichen Höhe.

In den Straßen, in denen ein starker Verkehr herrscht, bilden die Bauzäune, die die Häuser zu ebener Erde stets umgeben, starke Verkehrsbehindernde. Nur der großstädtischen Schulung des Berliner ist es zu verdanken, daß bei solchen Baustellen, an denen stets ein großes Leben durch die Abladung und Aufstapung des Baumaterials herrscht, noch keine Unglücksfälle entstanden sind.

Tötung auf Verlangen.

Ein neues Geständnis zum Leichensund im Grunewald.

Der Leichensund im Grunewald ist jetzt ein Stück weiter aufgeklärt. Der verhaftete Hausdiener Max Springer hat zugegeben, seine Geliebte, die Aufwärterin Elfriede Stahne erschossen zu haben. Es soll aber kein Mord, sondern eine Tötung auf eigenes Verlangen sein. Springer erzählt folgendes:

Er habe seine Geliebte von ihrer Wohnung abgeholt und mit ihr einen Spaziergang nach dem Grunewald gemacht. Dort habe das Mädchen wieder wie früher schon über dem Gedanken nachgedacht, aus dem Leben zu scheiden. Er habe der Stahne geraten, wieder zu ihrer Dienstbereitschaft zu gehen; das Mädchen habe aber davon nichts wissen wollen, sondern ihn dringend gebeten, sie zu erschießen. Als er sich geweigert habe, sei sie ihm, während er neben ihr kniete, um den Hals gefaßt und habe sie inständigst angefleht, es doch zu tun. Endlich habe er ihrem Drängen nicht widerstehen können und ihr den Revolver an die Schläfe gesetzt. Der Schuß habe jedoch verfehlt. Jetzt habe er gesehen, daß sie ängstlich die Augen zugedrückt habe. Das habe ihn veranlaßt, einen neuen Schuß zu verweigern. Aber sie habe dann doch ihr flehenlächelndes Bitten wieder aufgenommen, und so sei es zum zweiten Schuß gekommen. Das Mädchen sei hingefallen und nach wenigen Minuten gestorben. Er habe auch die Absicht gehabt, sich selbst zu erschießen, dann aber doch den Mut verloren. Daß er der Toten irgend etwas abgenommen habe, bestreitet Springer. Wahrscheinlich ist aber auch dieses zweite Geständnis nicht richtig. In noch Anlaß der Polizei ein Mord mit Raub vorliegt.

Gegen die Grunewaldräuber.

Polizeistreifen im Waldgebiet.

Eine ungewöhnlich große Streife veranstaltete gestern die Berliner Kriminalpolizei mit der Schutzpolizei in den westlichen Vororten von Zehlendorf aus nach dem Grunewald. Veranlassung dazu gaben die häufigen Raubüberfälle, über die wir aus jener Gegend berichteten. Es galt, das ganze Gelände einmal abzusuchen und von dem zweifelhaften Volk, das sich dort umhertreibt, zu säubern. Die Kriminalpolizei bot eine große Anzahl ihrer Beamten auf, die Schutzpolizei an 500 Mann. Die Streife erstreckte sich bis in den Grunewald hinein und hatte das Ergebnis, daß eine ganze Anzahl von Personen aufgegriffen wurden, die sich über ihre Person und den Zweck ihres Aufenthalts in der Gegend nicht ausweisen konnten. Es wurden nach dem Polizeiamt feststellend gebracht, wo man sie sich jetzt einmal gründlich ansehen wird. Es werden weitere Streifen dieser Art, die mit ihrem Aufgebot von Mannschaften und Kraftwagen erhebliches Aufsehen erregen, veranstaltet werden.

Ein Sechzigjähriger. Unter Genosse Franz Bunge feiert am 23. April seinen sechzigjährigen Geburtstag. Seit 40 Jahren gehört er der Partei an. 1884 schloß er sich der Gewerkschaftsbewegung an und wurde bald Bevollmächtigter des Bauarbeiterverbandes. Er war einer der Mitbegründer der Krankenkasse der Maurer. Unter dem Sozialistengesetz fanden bei ihm häufig Hausdurchsuchungen nach verbotenen Schriften statt. Noch heute ist er Funktionär der Partei. Möge er noch lange der Arbeiterbewegung erhalten bleiben.

Die Räumung des Königsgrabens. Der Ofen- oder Königsgraben, der sich im Süden Groß-Berlins zwischen Brix und Lichterfelde hinzieht und der vor kurzem durch die Errichtung eines Schauamtes neu entdeckt worden ist, macht wieder von sich reden. Das Schauamt fordert jetzt die Anlieger des Ofen- und Königsgrabens auf, die Räumung des Grabens vorzunehmen und bis zum 7. Mai zu beenden.

Eine Riesenprotestversammlung gegen die Mißstände in der deutschen Justiz wird für Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“ (Holtenauerstraße) von der Deutschen Liga für Menschenrechte einberufen. Für die S.W.D. wird v. d. Genosse Erich Kuttner zu dem Thema „Das Volk und die Massenjustiz“ sprechen. Ferner werden sprechen: Dr. Gumbel über den „Politischen Mord in Deutschland“ mit graphischen Darstellungen und Kammergerichtsrat Freymuth über den Richter in der Republik. Helmut von Gerlach hält eine Ansprache und leitet die Versammlung. Der Reinertrag soll den politischen Gefangenen in Nieder-Schönefeld zugute kommen.

In der 2. Handwerkerkammer (Andreasstr. 1/2) veranstaltet der Schülerausschuß vom 23. bis 30. April eine Ausstellung, die Arbeiten sämtlicher kunstgewerblicher Höherer bildet. Sie ist geöffnet werktags 6—8 Uhr abends, Sonntag 9—12 Uhr vormittags.

Übungen zur Einführung in die Philosophie. Eine Einführung in die Lehre von menschlichen Erkenntnis gibt Dr. Max Abel in einer Vortragreihe mit Aussprache. Dienstag 7^{1/2}—9, Beginn 23. April, Dortheimstraße 12.

Volkshochschule Reinickendorf-Regel. Neue Kurse, Beginn am 24., 25. und 26. April. Teilnehmerkarten und Arbeitspläne sind für Reinickendorf im Volksbildungsausschuß und beim Hausmeister des Gymnasiums, für Regel beim Augenarzt zu haben.

S.P.D.-Genossenschaftsräte! Morgen Sonntag früh 9 Uhr Volkerversammlung im „Bürgerheim“, Alte Schönhauser Str. 23/24. Pflanzliche Tagesordnung.

Much eine! Eine alljährliche Gesandtschaft vom Hans-Bornier-Berlin 65 werde hier, Berlin 1924. Das Sakell eines Berliner Mädchens wird hier sehr eindrucklich und dadurch geschützt, daß sich durch allseitige Hilfsmittel hindurchwindet, um an der Seite eines wackeren Arbeitmannes Hannes fern der Großstadt in einer Siedlung im Wald zu finden. Die Sprache ist schlicht und volkstümlich, aber gewandt. Man kann sich des Buches, das die Form einer Niederdeutsch von Selbstbeobachtungen hat, wohl erfreuen.

Ein unerlöschlicher Brand entstand im Braunkohlenbergwerk in Oberhausen bei Bebra. Die Kohlenförderung mußte eingestellt werden. Es gelang noch nicht, des Feuers Herr zu werden.

Die Explosion in Monastir. Die telegraphische Verbindung mit Monastir wurde wieder hergestellt. Die Explosionen haben aufgehört, der Brand in der Stadt wurde gelöscht. Die erste Explosion war am 18. April um 10 Uhr vormittags erfolgt, die letzte am 20. abends. Die Zahl der Menschenopfer soll nicht so groß sein, wie erst allgemein angenommen wurde.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

3 ungenutzte. Unberührende Generalsversammlung am Mittwoch, den 24. April, abends 7 Uhr, im Zentraljugendheim, Lindenstr. 3, 2. Hof, 3 Treppen. Tagesordnung: 1. Was ist getan und was bleibt zu tun? 2. Robert Keller. 3. Unberührende Beschlüsse über unsere Statuten. 4. Ditts Komm. 5. Neuwahl zum Arbeitsausschuß. 6. Verschiedenes. Besondere Einladungen ergehen nicht. Eintritt wird nur auf Verlangen der Mitgliedskarte gewährt. Der Arbeitsausschuß.

Gewerkschaftsbewegung

Achtstundentag-Theorie und Praxis.

Wenn die „Sozialistischen Monatshefte“ Sachverständigen sich übereinstimmend gegen die Verbeibehaltung des Achtstundentags, mit anderen Worten für seine Beseitigung ins Zeug legen, so gewiß nicht in der Absicht, die Interessen der Arbeitnehmerschaft zu schädigen; sie glauben vielmehr der Volkswirtschaft und damit dem Allgemeinwohl einen Dienst zu erweisen. So gut auch die Absichten sein mögen, so ist doch ihre Auffassung total irrig, da sie von falschen Voraussetzungen ausgeht. Das Bestreben, als Sozialist möglichst objektiv zu urteilen, verleitet sie dazu, in dieser Frage päpstlicher zu sein als der Papst, zu schärferer Gegnerschaft als die der Unternehmern.

Nachdem wir hier kürzlich dem Sachverständigen Kaliski einen amerikanischen Industriellen gegenüberstellen, möchten wir den sozialistischen „Sachverständigen“ einen deutschen Industriellen gegenüberstellen, der ebenfalls im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats als Sachverständiger aufgetreten ist, und zwar den Stuttgarter Unternehmer Dr.-Ing. Bosh.

Er erklärte, daß er schon 1904 den Achtstundentag mit recht günstigem Erfolge in seinem Betriebe eingeführt habe. Er halte den Achtstundentag für ausserordentlich. Bei einer Verlängerung der Arbeitszeit habe er die Beobachtung gemacht, daß die Arbeitsleistung zurückgegangen sei. Er erkläre daher den Achtstundentag in der Feinmechanik für durchaus nötig, wobei er allerdings an Arbeiten im Stützlohn denke. Bei einzelnen Arbeiterkategorien, wie z. B. Zimmerern und Maurern, könne man vielleicht zu einer Einführung einer Mehrarbeitszeit kommen. Besser sei es aber entschieden, die Arbeitsmethoden dieser nicht gut geleiteten Industrien zu verbessern. Die erzwungene Verlängerung des Achtstundentages würde eine Senkung der Arbeitsleistung herbeiführen. Die Arbeitgeber seien infolgedessen nicht frei von Schuld an der gegenwärtigen Verwicklung der Frage, als sie nicht versucht hätten, ihre Methoden so weit zu verbessern, daß die achtstündige Arbeitszeit die gegebene sein mußte. Eine völlige Herabsetzung der Arbeitszeit, wie sie erfolgt sei, könne deshalb nicht von Erfolg begleitet sein, weil die Methoden nicht genügend verbessert worden wären.

Ueberflüssig zu betonen, daß den Gutachten von Männern aus der Praxis eine ungleich größere Bedeutung zukommt, als den Gutachten derer, die vom grünen Tisch aus urteilen und mit den Menschen nur rein ziffernmäßig, losgelöst von allen Verhältnissen, rechnen.

Niederlage der kommunistischen Zellenbauer.

Der Zentralverband der Bäcker und Konditoren hatte am 29. März 1922 seine Mitglieder nach dem Gewerkschaftshaus beauftragt, um zum 11. Gewerkschaftskongress Stellung zu nehmen. Das Referat hatte Genosse Hejtschold übernommen. Seine im Sinne praktischer Gewerkschaftsarbeit und Einigkeit im gewerkschaftlichen Kampfe gehaltenen Ausführungen gipfelten in einer Reihe von Anträgen an den Gewerkschaftskongress. Den Kommunisten, die vorher in ihrer „Zelle“ Stellung zu dem Thema genommen hatten, war durch die Anträge und Ausführungen Hejtscholds schon der Verlust des Konzeptes verdorben. Hinzu kam noch, daß aus der Versammlung heraus eine Resolution eingebracht wurde, die den schärfsten Protest gegen die Einklerung und den beabsichtigten Wording an den russischen Sozialrevolutionären vom Gewerkschaftskongress forderte. Die Kommunisten verlegten sich deshalb in ihren Reden fast ausschließlich auf die bekannten Gemeinplätze im Herunterreißen der Gewerkschaften des DDB, und deren Führer.

Die Versammlung wurde damals vertagt und wurde am Donnerstag in den „Germaniasälen“ fortgesetzt. Diesmal

hatte die Amsterdamer Richtung als Abwehr gegen die kommunistische Zelle ihre Anhänger vorher im kleinen Kreise auf das gewerkschaftsschädigende Treiben, das zur Zermürung des Verbandes führen muß, hingewiesen. So fanden denn die Kommunisten in dieser Versammlung einen unerwarteten entschlossenen Widerstand. Schon bei der Wahl von zwei Ortsbeamten hatte man beachtet, einen Genossen der SPD, den man schon bei der Generalversammlung aus dem Vorstand hinausgedrängt hatte, zu Fall zu bringen. Das ist misslungen, obwohl der Gegenkandidat der Kommunisten ein angesehener U.S.P.-Genosse war, weil die Versammlung den Trick durchschaute. Sie brachten dann für den Gewerkschaftskongress eine Resolution ein, die das bekannte Sammelurteil von Selbstverständlichkeiten, vermischt mit kommunistischen Agitationsblüthen darstellte. In der nachfolgenden Diskussion zeigte sich, daß die Versammlung von den kommunistischen Phrasen nicht allzu viel wissen wollte. Trotzdem ließen sie ihre vorgegebene Serie von Rednern ihr Sprüchlein herunter sagen, so daß die Versammlung gegen Schluß sich ziemlich geleert hatte.

Die Diskussionsredner, darunter Barth und Schumann und der Referent, haben den Herrschaften nichts geschenkt. Wie erkaunt waren aber die Herren, als sich für die kommunistische Resolution kaum 25 Stimmen erhoben, so daß dieselbe mit erdrückender Majorität abgelehnt wurde. Noch verblüffter aber schienen die Moskauer zu sein, als die Resolution Bursky, die den Gewerkschaftskongress auffordert, den Wording der russischen Nachhaber an den russischen Sozialrevolutionären zu verhindern, mit großer Mehrheit angenommen wurde und kaum die paar Schreier es wagten, die Hand gegen diese Resolution zu erheben. Dieser verdiente Reifall der Moskauer-Länger hat in der großen Mehrzahl der Betriebe außerordentliche Genugtuung ausgelöst und es ist zu hoffen, daß die Kollegenchaft in der Zukunft noch entscheidender den Willen zu praktischer Gewerkschaftsarbeit gegenüber dem Phrasentum bekunden wird.

Landarbeiterstreik im Lande Stargard.

Da der Vorstand des Mecklenburgischen Landbundes die Verhandlungen mit dem Deutschen Landarbeiterverband über den Abschluß eines neuen Tarifes für abgebrochen erklärt hat, sind im Lande Stargard am Donnerstag auf etwa 70 Gütern über 3000 Landarbeiter im Einverständnis mit dem Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes in den Streik getreten, um einen Tarifabschluß mit der Arbeitgebergruppe des Landbundes zu erzwingen. Die Kostsundarbeiten, darunter fällt nicht die Sanbstellung, werden durch die Streikenden selbst ausgeführt.

Die Arbeitgeber werden Streikbrecher an und bieten bei freier Beköstigung pro Stunde 20 M. und dazu pro Tag 30 Pfund Kartoffeln. Mit diesem Angebot beweisen die Arbeitgeber, daß sie die Forderungen der Landarbeiter sehr leicht bewilligen konnten. Die Ablehnung des Tarifabschlusses mit dem Deutschen Landarbeiterverband ist nichts weiter, als eine Machtpose der Agrarier zur Vernichtung der gewerkschaftlichen Organisation unter Hintanzetzung aller Rücksichten auf die Volkswirtschaft. Der Zuzug von Arbeitern nach dem Lande Stargard ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Neue Lohnforderungen der Kellereiarbeiter.

Eine gut besuchte Versammlung aller Kellereiarbeiter und -arbeiterinnen, Kutscher, Krotwagenfahrer aus den Weingeschandlungen sowie den Vorfabrikanten Groß-Berlins beschloß sich am Freitagabend mit der Aufstellung neuer Lohnforderungen. Zunächst teilte Sektionsleiter Liebenow mit, daß das bis zum 30. April laufende Lohnabkommen auf Befehl der Funktionäre freitagsmäßig gekündigt worden sei. Ferner sei von den Funktionären beschlossen worden, als Ausgleich für die nach Abschluß des noch laufenden Lohnab-

kommens eingetretene katastrophale Teuerung von den Arbeitgebern für April 1000 Mark Wirtschaftshilfe zu fordern. Den Arbeitgebern sei auch hieron bereits Mitteilung gemacht worden. Aus der Antwort der Arbeitgeber gehe hervor, daß sie bereit sind, zu verhandeln. Es sei ihnen jedoch erwünscht, gleichzeitig auch über die Lohnforderungen zu verhandeln zu können. Von den Funktionären ist ein Zuschlag von 50 Proz. zu den bestehenden Löhnen vorgeschlagen worden. Für die Jugendlichen im Alter von 17 bis 18 Jahren sollen 60 Proz., im Alter von 17 bis 18 Jahren 70 Proz., im Alter von 18 bis 19 Jahren 80 Proz. und im Alter von 19 bis 20 Jahren 90 Proz. der neuen Grundlöhne gefordert werden.

Die Vorschläge der Funktionäre wurden gegen einzelne Stimmen angenommen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern gehen heute bereits vor sich.

Theater der Woche.

Vom 23. bis 30. April.

Kaiserslautern: 23. 24. 25. und 26. Der Traum ein Leben. 26. Das Mädchen von Heilbrunn. 27. Die Ratten. 28. König Lear. 29. Opernhaus. 30. Der fliegende Holländer. 31. Die Fledermaus. 32. Die Schatzkammer. 33. Der Schatzgräber. 34. Die Schatzkammer. 35. Die Schatzkammer. 36. Die Schatzkammer. 37. Die Schatzkammer. 38. Die Schatzkammer. 39. Die Schatzkammer. 40. Die Schatzkammer. 41. Die Schatzkammer. 42. Die Schatzkammer. 43. Die Schatzkammer. 44. Die Schatzkammer. 45. Die Schatzkammer. 46. Die Schatzkammer. 47. Die Schatzkammer. 48. Die Schatzkammer. 49. Die Schatzkammer. 50. Die Schatzkammer. 51. Die Schatzkammer. 52. Die Schatzkammer. 53. Die Schatzkammer. 54. Die Schatzkammer. 55. Die Schatzkammer. 56. Die Schatzkammer. 57. Die Schatzkammer. 58. Die Schatzkammer. 59. Die Schatzkammer. 60. Die Schatzkammer. 61. Die Schatzkammer. 62. Die Schatzkammer. 63. Die Schatzkammer. 64. Die Schatzkammer. 65. Die Schatzkammer. 66. Die Schatzkammer. 67. Die Schatzkammer. 68. Die Schatzkammer. 69. Die Schatzkammer. 70. Die Schatzkammer. 71. Die Schatzkammer. 72. Die Schatzkammer. 73. Die Schatzkammer. 74. Die Schatzkammer. 75. Die Schatzkammer. 76. Die Schatzkammer. 77. Die Schatzkammer. 78. Die Schatzkammer. 79. Die Schatzkammer. 80. Die Schatzkammer. 81. Die Schatzkammer. 82. Die Schatzkammer. 83. Die Schatzkammer. 84. Die Schatzkammer. 85. Die Schatzkammer. 86. Die Schatzkammer. 87. Die Schatzkammer. 88. Die Schatzkammer. 89. Die Schatzkammer. 90. Die Schatzkammer. 91. Die Schatzkammer. 92. Die Schatzkammer. 93. Die Schatzkammer. 94. Die Schatzkammer. 95. Die Schatzkammer. 96. Die Schatzkammer. 97. Die Schatzkammer. 98. Die Schatzkammer. 99. Die Schatzkammer. 100. Die Schatzkammer.

Stargard: 23. 24. 25. und 26. Der Traum ein Leben. 26. Das Mädchen von Heilbrunn. 27. Die Ratten. 28. König Lear. 29. Opernhaus. 30. Der fliegende Holländer. 31. Die Fledermaus. 32. Die Schatzkammer. 33. Der Schatzgräber. 34. Die Schatzkammer. 35. Die Schatzkammer. 36. Die Schatzkammer. 37. Die Schatzkammer. 38. Die Schatzkammer. 39. Die Schatzkammer. 40. Die Schatzkammer. 41. Die Schatzkammer. 42. Die Schatzkammer. 43. Die Schatzkammer. 44. Die Schatzkammer. 45. Die Schatzkammer. 46. Die Schatzkammer. 47. Die Schatzkammer. 48. Die Schatzkammer. 49. Die Schatzkammer. 50. Die Schatzkammer. 51. Die Schatzkammer. 52. Die Schatzkammer. 53. Die Schatzkammer. 54. Die Schatzkammer. 55. Die Schatzkammer. 56. Die Schatzkammer. 57. Die Schatzkammer. 58. Die Schatzkammer. 59. Die Schatzkammer. 60. Die Schatzkammer. 61. Die Schatzkammer. 62. Die Schatzkammer. 63. Die Schatzkammer. 64. Die Schatzkammer. 65. Die Schatzkammer. 66. Die Schatzkammer. 67. Die Schatzkammer. 68. Die Schatzkammer. 69. Die Schatzkammer. 70. Die Schatzkammer. 71. Die Schatzkammer. 72. Die Schatzkammer. 73. Die Schatzkammer. 74. Die Schatzkammer. 75. Die Schatzkammer. 76. Die Schatzkammer. 77. Die Schatzkammer. 78. Die Schatzkammer. 79. Die Schatzkammer. 80. Die Schatzkammer. 81. Die Schatzkammer. 82. Die Schatzkammer. 83. Die Schatzkammer. 84. Die Schatzkammer. 85. Die Schatzkammer. 86. Die Schatzkammer. 87. Die Schatzkammer. 88. Die Schatzkammer. 89. Die Schatzkammer. 90. Die Schatzkammer. 91. Die Schatzkammer. 92. Die Schatzkammer. 93. Die Schatzkammer. 94. Die Schatzkammer. 95. Die Schatzkammer. 96. Die Schatzkammer. 97. Die Schatzkammer. 98. Die Schatzkammer. 99. Die Schatzkammer. 100. Die Schatzkammer.

Zahn-Atelier für moderne Zahntechnik. **Überall in Zigarrengeschäften erhältlich ist d. echte Kapitän-Kautabak** mit feinsten Zutaten (Käse, Schokolade, Koffein, Tabak, Pfeffer, Salz, Zucker, etc.) Carl Röcker, Lichtberg, Str. 22 (Rgt. 281).

Gewinn-Auszug der 19. Preuß.-Südd. (245. Preuß.) Klassen-Lotterie 5. Klasse. 8. Ziehungslog. 21. April 1922.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Losnummer und je einer auf die Gewinnnummer in den beiden Abteilungen I und II.

Ohne Gewähr. Radfahrn bedoten. In der Vermittlungsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

1 zu 60000 M 257423
2 zu 10000 M 71707
3 zu 5000 M 11180 13251 92889 141233 150222 168278 270128 290264
286-67 240582 298773
126 zu 3 00 M 6570 6714 11893 14872 15841 18228 22850 26416 33234
46914 47806 51263 55025 66474 70198 70991 72910 78974 87021
91173 93606 104268 107266 11447 117936 118404 120509 121379 123623
127187 132 72 133270 152348 1397-9 140988 14 400 163668 168203 168283
168 81 174470 176072 178710 178830 187725 188583 200783 207125 227305
227797 228478 234407 239187 240121 241918 263685 273468 278385 284855
289922 290877 292676 299925

3 zu 1000 M 1000 M 528 1425 2173 5313 6243 6600 6771 7834 9116 9379
9990 9998 10598 15897 18206 18301 19099 20226 21946 24205 25626
27177 27254 28 43 28414 28711 29292 32503 32986 33622 26710 37348
37870 37940 39992 41201 41863 43543 46185 51099 82973 80081 60870
61946 65632 67643 69307 70194 74822 76097 78310 79184 79779 70070
81979 82 94 82418 85845 86504 87749 87941 91079 91091 60049
88864 90848 9 78 10 6591 10 031 106618 106674 111654 112370 115628
119165 1197 7 120777 120623 121203 129707 130717 136099 137067 137332
137608 138012 18651 138189 141096 1 26-3 14 2322 144 80 148006 142583
140774 161426 16442 165447 169371 169601 169328 182181 1823 2 163817
166877 168802 169550 173758 174499 176224 176837 17 688 187 164373
185221 1863-3 185173 188394 189189 191838 191959 192008 197176 194373
202821 207800 211323 213381 218769 221 74 221618 221856 224144 22479
224901 226579 226 06 227789 228184 228502 228977 2 85-3 231182 234605
240 26 14340 24606 246706 247494 248571 248805 257713 258607 2 9450
261496 262450 26 629 264861 2 0921 271678 27820 182707 182913 285599
285498 290 62 290440 291883 291918 291245 292214 194928 290090 293563

In der Radmittagsziehung wurden Gewinne über 400 Mark gezogen:

6 zu 10000 M 20340 29080 126187
18 zu 5000 M 10673 70677 93260 158990 201881 261126 261673 277313
181965
120 zu 5000 M 6003 5721 21071 22963 23990 25729 27080 34913 42112
44318 51767 58222 610 1 70083 70 34 78003 80820 87113 94014 96217
101613 120703 115640 116019 119459 119982 123694 133105 136700 140769
142974 151119 153676 15 953 169700 177119 183178 185663 187 11 186663
189772 200308 203461 205444 209734 211208 214740 2 47 9 225086 231284
236159 241151 241375 241684 243610 260889 265601 271480 277005 218892
282465 288786 290513 291839 298433
466 zu 1000 M 275 1740 2904 8070 3144 7106 9178 9400 12006
13601 1 084 20101 20390 27807 30914 22807 23115 23230 30806 3 606 3 600
37004 38 91 40965 41108 41705 42572 4 783 44039 44302 47107 49049
48213 52276 57000 67836 6 516 60017 61096 6 071 67034 67176 71031
72403 81378 74701 76330 78381 78 47 78971 79668 8 840 84706 85662
87018 8 448 9 080 92102 9 388 97813 10 246 103368 104296 107 62
112480 112799 113086 113680 114285 116184 116242 120648 12448 125607
120217 124110 124 78 124663 128892 128 97 125152 119186 129509 131403
132621 133169 134209 137103 138600 138830 139449 143059 144813 145229
148311 152714 152814 15 872 153340 166510 169 106 160161 161997 162624
170180 14572 1649 0 167079 108110 170893 171367 171844 172001 173887
178805 181174 182151 183897 186 63 187467 187859 189794 19124 194344
194532 197153 200121 20 711 20196 204041 20 87 20066 20812 20 900
206384 210282 210311 210347 21 091 211149 211406 211414 211818 216218
21826 217 9 22263 22424 22500 2 63 2 672 27411 277794 2 8 11
22974 2 964 23658 231461 2 6 23 65 23720 237191 236606 239 76
240564 245043 247235 247446 248178 261891 26 853 26342 267497 26741
263 07 27 47 26478 268 01 269271 268341 268667 268737 2 7 01 268894
27047 27045 27 619 27 619 27 403 27 426 279 41 28129 28341 284 94
285924 286443 29 031 294222 29432 294444 299611 197413 297596 296041

Paliklinik für unentgeltliche Beratung für alle Haut- und Geschlechtskrankheiten, Syphilis, nervöse Störungen, bei Frauen: Gynäkologie, Dienst und Heilung 10-11. Götternann, Göttertheorie, Verhütung, etc. Berlin NW 11, Sittenstr. 67 (am Rinnmaler). Fernspr. Wobbit 9732 73

Quecksilber kauft höchstzahlend **Heinrich Trapp, Beuthstr. 10** (Laden nahe Spittelmarkt)

Wo laß ich meinen Anzug machen? Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? **Max Motel, Schneidmstr.** Neudamm, Ringbahnstr. 33. Tel. 900. Lieferung für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen u. Dankschreiben.

Die in dem vorstehenden Gewinn-Auszug nicht enthaltenen niedrigeren Gewinne sind aus den Listen zu ersehen, die bei den kantonalen Lotterieverwaltungen zur künftigen Einsicht ausliegen.

Grosser Waschstoff-Verkauf!!

Nur durch unsere frühzeitig getätigten Einkäufe sind wir in der Lage, Ihnen dieses, den heutigen Verhältnissen entsprechende wirklich **fabelhaft billige Angebot**

zu machen

II Kaufen Sie, ehe es zu spät ist!!

Kein Verkauf an Wiederverkäufer! Mengenabgabe vorbehalten!

- Dunkelfarbige Schleierstoffe bestickt Meter **19 50**
- Waschmusseline in neuen Mustern **24 00**
- Dindl-Musseline in grosser Auswahl **29 50**
- Zephir-Flanell für Sportheimden und Blusen **31 50**
- Heilgestreifter Zephir **37 00**
- Blau-weissgestreifter Knabensatin **39 50**
- Kleiderleinen hellblau **38 00**
- Bastfarbige Kleiderpopelins **39 50**
- Bedruckte Schleierstoffe zirka 120 cm, in neuartigen Dessins **44 00**
- Voile bestickt mit Tupfen und Blumen ca. 120 cm **49 00**
- Ekrü-Kleiderleinen ca. 120 cm breit **59 00**
- Schantung-Rips Ersatz f. Bastseide, f. Kleider u. Kostüme, ca. 120 cm **125 00**

In der Konfektions-Abteilung:

- Kimono-Bluse aus achtfarbigem Perkal Meter **59 00**
- Hemd-Bluse moderne Streifen, offen und geschlossen zu tragen **122 50**
- Wasch-Unterrock mit plissiertem Volant **89 00**
- Faltenrock aus gutem Leinwandzephir, glatt und gestreift **187 50**
- Zephir-Kleid mit Hohlbaum und Knopfgarnierung **267 50**

LOEWENBERG & Co

SWINEMÜNDER STR. 86 / ECKE LORTZINGSTRASSE

Strassenbahn-Verbindungen: Haltestelle Demminer Strasse 27, 40, III, G, 5, 8, 35, 36, 37, 41, 42, 99, 9, 4, 130 und Ring-Bahnhof Gesundbrunnen.

Möbel

kaufen Sie sehr vorteilhaft im Spezial-Möbelhaus **G. CAMNITZER** Schönhauser Allee 82 (alte Wärschstr., am Ringbahn) Schönhauser Allee und Hochbahn, Nordring. Auf Wunsch bequeme Teilzahlung.

Passage-Bad

Kottbuser Damm 79 vollständig renov., vorberichtet folgende Bäder: Bannen-, Sol-, Nichtenbad-, Stahl-, Auf-, röm., Schwefel-, Kohlenäure-, Licht-, Bohlen-, Dampf-, sowie alle möglichen Bäder. **Cleber, (amt. Kronenaffen)** Auf- röm. Bad f. Dam. Kottb. 10-11

Rustica

mit schräger Spitze **Die Feder unserer Zeit**

Brause & Co, Iserlohn

Stoffe

für Herren und Damen feinste Qualitäten **Albert Walkhoff, Neue Königsstr. 54** am Alexanderplatz. Vorzeiger erhält 5 Proz. Rabatt

Paliklinik für unentgeltliche Beratung

für alle Haut- und Geschlechtskrankheiten, Syphilis, nervöse Störungen, bei Frauen: Gynäkologie, Dienst und Heilung 10-11. Götternann, Göttertheorie, Verhütung, etc. Berlin NW 11, Sittenstr. 67 (am Rinnmaler). Fernspr. Wobbit 9732 73

Quecksilber

kauft höchstzahlend **Heinrich Trapp, Beuthstr. 10** (Laden nahe Spittelmarkt)

Wo laß ich meinen Anzug machen?

Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung? **Max Motel, Schneidmstr.** Neudamm, Ringbahnstr. 33. Tel. 900. Lieferung für höchste Staatsbeamten. Viele Anerkennungen u. Dankschreiben.